

Nur noch Schrott

DIE LINKE beantragte die Verschrottung des zwei Millionen Euro teuren Info-Pavillon am Prestigeobjekt Kö-Bogen. **S.2**

Gewerbesteuer hoch

Viel zu wenig Steuern zahlen Konzerne in Düsseldorf. DIE LINKE fordert eine Erhöhung damit soziale Projekte umgesetzt werden. **S.3**

Gesundheitskarte

Krankheit kennt keinen Aufenthaltsstatus. Eine Initiative der LINKEN setzt im Rat Verbesserungen bei Flüchtlingen durch. **S.5**

Überlastet

Ein hoher Krankenstand existiert in der Stadtverwaltung. Das hat Auswirkungen auf den Service für die BürgerInnen der Stadt. **S.6**

Links wirkt!



Foto: DIE LINKE/flickr

Ein Jahr Ratsarbeit

Neue Mehrheit ohne neue Politik

Am 25. Mai 2014 wurde in Düsseldorf ein neuer Stadtrat gewählt. Seitdem haben wir andere Mehrheiten im Rat und einen neuen Oberbürgermeister.

Nachdem die CDU zusammen mit der FDP 15 Jahre lang die Ratsmehrheit gebildet hat und den Oberbürgermeister stellte, gibt es jetzt einen SPD-Oberbürgermeister und eine sogenannte Ampel-Kooperation aus SPD, Grünen und FDP. Neben den genannten vier Fraktionen gibt es die Fraktion der LINKEN und vier weitere Parteien, die mit Einzelmitgliedern oder als Ratsgruppe vertreten sind.

Nach einem Jahr ist es Zeit, ein Zwischenfazit zur Arbeit im Rat zu ziehen.

Für CDU, SPD, Grüne und FDP hat sich einiges geändert. Die CDU ist nach 15 Jahren Regierung Oppositionspartei geworden, findet sich in dieser Rolle allerdings nur schwer zurecht. Zwischen 1999 und 2014 gab es von ihr kaum Anträge im Rat, da sie mit einem Oberbürgermeister als Verwaltungschef und als „Regierungspartei“ ihre Vorschläge direkt in Vorlagen der Verwaltung ausarbeiten ließ. Im letzten Jahr hat die CDU sich darin versucht, Politikfelder zu besetzen und Anträge

einzubringen. Meistens ging das schief. So hat sie z. B. unsägliche Diskussionen zur Flüchtlingsunterbringung ausgelöst. Außerdem leidet sie aktuell unter Amnesie. Dass die desolante Haushaltslage der Stadt von ihr verursacht wurde, hat die CDU total vergessen. Im Gegenteil, sie macht die Ampel dafür verantwortlich. Das Gleiche gilt für die Verkehrs- und die Schulpolitik. Auch hier wirft sie der Ampel Versäumnisse vor, die auf Entscheidungen in den Jahren 2009 bis 2014 zurückzuführen sind.

SPD und Grüne versuchen sich nach 15 Jahren Abstinenz wieder mal als Regierungsparteien. Noch im Wahlkampf vor einem Jahr meinte der neue OB, die Schuldenfreiheit der Stadt sei ein Märchen (erzählt von CDU und FDP) und Kreditaufnahmen seien aus finanzpolitischen Gründen geboten. Daraus ist jetzt die Notwendigkeit der Schuldenfreiheit des „Kernhaushaltes“ geworden und neue Schulden werden, wie schon bei der alten Ratsmehrheit, in Tochtergesellschaften ausgegliedert.

Auch der Ausverkauf städtischer Grundstücke geht weiter und Stellenab-

bau in der Verwaltung wird nach wie vor mit Macht betrieben. Zusätzliche Einnahmen, wie z. B. die Erhöhung der Gewerbesteuer werden abgelehnt.

Für die FDP, jetzt gemeinsam mit SPD und Grüne in der Ampel, war das somit keine große Umstellung. Sie steht zu der Politik der vergangenen Jahre.

Die Ratsfraktion DIE LINKE verbiegt sich nicht. Die vor der Kommunalwahl vertretene Oppositionspolitik hat ihr immerhin fast 1.000 Stimmen mehr gebracht als fünf Jahre zuvor.

Das sieht sie als Bestätigung ihrer Politik und wird diese weiterhin betreiben. Sie fordert eine sozial gerechte Politik für die Bevölkerung und stellt sich gegen eine Politik für die Interessen des großen Geldes. Dazu gehört eine soziale Wohnungspolitik und eine umweltgerechte Verkehrs- und Stadtplanung. Dazu gehört aber auch die Erhöhung der Gewerbesteuer, um diese Politik zu finanzieren. Mittlerweile wird DIE LINKE als einzige funktionierende Oppositionspartei wahrgenommen, was in der Schlagzeile im Lokalteil der größten Düsseldorfer Tageszeitung „Was die CDU von der LINKEN lernen kann“ gipfelte.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit nunmehr sieben Jahre berichten wir im „R(h)einblick“ über die Politik des Stadtrates Düsseldorf. Unsere Auflage ist inzwischen von 10.000 auf 30.000 angewachsen. Immer mehr DüsseldorferInnen machen von dem Angebot eines kostenlosen Abo's Gebrauch. Dies zeigt, immer mehr Menschen wollen nicht nur über die bürgerliche Presse informiert werden, sondern sie wollen auch erfahren, was nicht in den sonstigen Medien steht. So war beispielsweise nirgendwo zu lesen, dass im Stadtrat am 10. September eine heftige Diskussion über einen Antrag der LINKEN mit dem Titel „Wohnungen statt Zelte“ entbrannte, mit dem der Verwaltung ein Instrument an die Hand gegeben werden sollte, gegen den Leerstand von Wohnungen aus Spekulationsgründen vorzugehen. Dieses Instrument heißt „Zweckentfremdungssatzung“ und bietet die Möglichkeit für die Verwaltung nach drei Monaten Leerstand einzugreifen und ein Ordnungsgeld zu verhängen.

FDP und SPD beschimpften DIE LINKE und warfen ihr üble Motive vor. Sie stimmten dagegen und die Grünen enthielten sich. 14.000 Wohnungen stehen nach Auskunft der Verwaltung leer. Flüchtlinge müssen in Zelten und Notunterkünften leben und Menschen mit geringem Einkommen finden kaum noch eine bezahlbare Wohnung. Hier hat der Stadtrat eine Chance vertan. Nur der Rheinblick berichtet darüber und deshalb ist er so wichtig.

Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 899-5123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

35.610 Arbeitslose in Düsseldorf = 11,1%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im August 2015 bei 27.762 (offizielle Arbeitslosenquote 8,7 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.610 um 7.848 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Ulmer Höh´ in kommunale Hand

Das Land knüpft an den Verkauf seiner Liegenschaft Ulmer Höh´, dem südlichen Teil des ehemaligen Gefängnisgeländes, die Auflage mindestens 50 Prozent mit Sozialwohnungen zu belegen. Dies ist prinzipiell unterstützenswert. Anstatt Investoren den Bau von Sozialwohnungen zu überlassen, sollte die Stadt hier selber aktiv werden und kommunalen Wohnungsbau sicherstellen. Die Stadt kann mit eigenem Wohnungsbestand aktiv Einfluss auf den Mietspiegel nehmen und das Wohnumfeld gestalten. Daher brachte DIE LINKE in der Ratssitzung einen Antrag ein, der die Verwaltung aufforderte Verhandlungen mit dem Land NRW aufzunehmen, um die Landes-Liegenschaft auf dem Gelände der Ulmer Höh´ zu erwerben.

Kö-Pavillon ist nun Geschichte

Auf Antrag der LINKEN Verschrottung beschlossen

Es ist nun endlich soweit – auf Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE ist der umstrittene Info-Pavillon, der seit Ende 2012 über die innerstädtischen Baustellen Kö-Bogen und Wehrhahnlinie informierte, endgültig Geschichte. Bis Ende August wurde der stark in der Kritik stehende Info-Pavillon abgebaut und in seine Einzelteile verschrottet. Und „große Überraschung“: Die Verschrottung ist 191.800 Euro billiger als angekündigt. Statt den veranschlagten 210.000 Euro für den Abbau, kostete dieser letztendlich nur noch 18.200 Euro. Zuvor wurde der Pavillon noch zwei Wochen auf dem Interportal Ebay zum Verkauf angeboten – dies war die Bedingung der Ampelfraktion, um dem

Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE über die Verschrottung des Pavillons in der Mai-Ratssitzung zuzustimmen. Dass sich in dieser Zeit keine KäuferInnen gefunden hatte, überrascht nicht wirklich.

Bekannt geworden ist das Pavillon-Projekt über Düsseldorf hinaus mit dem Eintrag in das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes, als Musterbeispiel für die Verschwendung von Steuergeldern. Aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE ging hervor, dass der Pavillon die Stadt bis zum Abriss insgesamt 2,2 Millionen Euro gekostet hat (Davon 1,4 Millionen Euro Anschaffungskosten und 880.000 Euro für den Umzug des Pavillon zur nächsten Baustelle). Zur Debatte stand nun ein erneuter Umzug und

Umnutzung des Pavillons innerhalb Düsseldorfs. Dieser Umzug hätte voraussichtlich weitere 1,2 Millionen Euro gekostet, wohingegen die Verschrottung des Pavillons angeblich „nur“ 210.000 Euro kosten sollte. Dass die Verschrottung dann letztendlich nur noch ein Bruchteil dieser veranschlagten Summe gekostet hat, wirft erneut Fragen auf. So oder so – der Abriss sei das kleinere Übel befand die Ratsfraktion DIE LINKE, die die Anschaffung von Beginn an ablehnte. Die über zwei Millionen Euro, die dann insgesamt für den Pavillon ausgegeben worden sind, hätten sicherlich in unterschiedlichen sozialen Projekten in Düsseldorf eine sinnvollere und nachhaltigere Verwendung gefunden.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Der Rheinmetallplatz und die Rheinmetall-Straße

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die AnwohnerInnen formal unangenehm sein mag. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Der Rheinmetallplatz und die Rheinmetall-Straße

Das Geschäft mit Mord ist lukrativ. Erst durch die Waffenproduktion ist es überhaupt möglich, dass Kriege geführt werden können. Exemplarisch steht dafür die Düsseldorfer Rheinmetall AG und ihre Geschichte der Kriegsproduktion.

Die heutige Rheinmetall AG wurde 1889 in Düsseldorf als „Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik AG“ gegründet um einen größeren Munitionsauftrag des Kriegsministeriums zu erfüllen. Durch staatliche Aufträge, mehrere erfolgreiche Patente zur Waffenherstellung sowie der Zukauf einer weiteren Waffenfabrik wuchs das Unternehmen rasant. Waffen wurden nicht nur an die Armee des deutschen Kaiserreiches verkauft, sondern auch in andere europäische Länder. Der Konzern war zu Beginn des ersten Weltkrieges schon einer der größten deutschen Rüstungshersteller. Nach der Niederlage des Kaiserreiches wurde die Waffenproduktion in Deutschland verboten. Jedoch hielt sich die weiterhin bestehende militärische Führung der Weimarer

Republik nicht daran und auch die (ehemaligen) Rüstungsfirmen bauten und entwickelten fleißig im geheimen neue Waffen. Schon 1921 hatte Rheinmetall bereits wieder die Waffenproduktion aufgenommen, aber die große Stunde kam für Rheinmetall mit der nationalsozialistischen Machtübernahme. Es kam zu einer kontinuierlichen Ausweitung der Kriegsproduktion, die von nun an nicht mehr verdeckt betrieben werden musste. Ab 1935 produzierte Rheinmetall in großem Stil für die Wehrmacht Panzer, Gewehre und Kanonen. Während des zweiten Weltkrieges ging die Firma nahezu vollständig in den „Reichswerken Hermann Göring“ auf, die die Kriegsproduktion der Nazis im Bereich der Schwerindustrie vorantreiben sollte.

Rheinmetall beschäftigte in seinen Werken Tausende von ZwangsarbeiterInnen. Im Werk Unterlüß wurden am Kriegsende etwa 5.000 ausländische ZwangsarbeiterInnen sowie Kriegsgefangene von den britischen Truppen befreit. Zeitweilig waren dort auch ungarische JüdInnen in einem Außenlager des KZ Bergen-Belsen eingesetzt. Auch in dem Düsseldorfer Rheinmetall Betrieb wurden mehrere hundert ZwangsarbeiterInnen beschäftigt.

Nach dem verlorenen Krieg stellte Rheinmetall kurzzeitig erneut auf zivile Produktion um. Aber schon wenige Jahre später wurde wieder auf die Rüstung gesetzt. Rheinmetall zahlte 1966 2,5 Millionen Mark an rund 1.500 ehemalige ZwangsarbeiterInnen. Für Rheinmetall bedeutete dieser Finanztransfer jedoch kein Eingeständnis moralischer Verantwortung oder gar Schuld, sondern stellte eine Investition in ein lukratives Geschäft über 50 Millionen US-Dollar dar, mit der die US-Armee Kanonen von Rheinmetall kaufte.

Die heutige Rheinmetall AG gehört heute zu den führenden europäischen Rüstungskonzernen. Laut dem Friedensinstitut SIPRI liegt Rheinmetall mit einem Umsatz von 2,240 Milliarden Euro (2014) auf Platz 32 der 100 weltgrößten Rüstungskonzerne. Mit der neuen weltweiten Rüstungsspirale sieht Rheinmetall goldene Zeiten für sich. Weiterhin ist das Geschäft mit Mord für Rheinmetall und seine AktionärInnen äußerst lukrativ. An so ziemlich allen Kriegsfrenten auf der Welt finden sich Waffen von Rheinmetall. Das nach diesem Kriegsgewinnler auch noch Straßen und Plätze benannt sind, ist jedoch ein Unding.



Protest gegen Rheinmetall

Foto: (CC BY-SA 3.0) Wikipedia/lunabonn

Mietpreisbremse

Für einen qualifizierten Mietpreisspiegel

Seit dem 01. Juli gilt in Düsseldorf die Mietpreisbremse. Mit diesem Datum trat eine Novellierung des Mietrechts in Kraft. Dadurch soll der Mietanstieg in Ballungsräumen nach oben hin begrenzt werden. Mieten dürfen bei Neuvermietungen nur maximal 10 % über der Vergleichsmiete liegen.

Das hört sich erst einmal gut an. Legt es doch nahe, dass Mieten gedeckelt werden und die Durchschnittsmiete sich nicht weiter nach oben entwickelt. So ist es aber leider nicht.

Die 10 %ige Begrenzung gilt nicht für die Erstvermietung von Neubau-Wohnungen und nicht für Wohnungen, die das erste Mal nach einer aufwendigen Modernisierung vermietet werden.

Außerdem stellt sich natürlich die Frage: was ist überhaupt die Vergleichsmiete? Die Vergleichsmiete wird in einem Mietspiegel festgelegt. In Düsseldorf wird dieser Mietspiegel vom Mieterverein und Haus & Grund (der Interessenvertretung der Wohnungseigentümer), ausgehandelt.

In der Rechtsprechung wird dieser „einfache Mietspiegel“ aber oft nicht anerkannt. Dort ist die Rede vom „qualifizierten Mietspiegel“. Dieser muss nach wissenschaftlichen Kriterien alle zwei



Mieten müssen gesenkt werden

Foto: (CC BY-NC 2.0) Andreas Bock/Campact/flickr

Jahre aufgestellt und von den Interessengemeinschaften der VermieterInnen und MieterInnen und darüber hinaus von der Gemeinde anerkannt werden. Dabei werden hohe Ansprüche gestellt. So hat ein Gericht in Berlin vor Kurzem einen Mietspiegel abgelehnt, weil er nicht nach wissenschaftlichen Kriterien aufgestellt wurde.

Bisher hat sich die Düsseldorfer Stadtverwaltung geweigert, einen qualifizierten Mietspiegel aufzustellen, da man sich nicht in die Belange der

VermieterInnen und MieterInnen einmischen wolle. Da Organisationen wie Haus & Grund bereits angekündigt haben, dass sie gegen die neue Verordnung klagen werden, ist davon auszugehen, dass sie in Düsseldorf gar nicht angewendet werden kann.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein qualifizierter Mietspiegel aufgestellt wird. Auch wenn wir die Mietpreisbremse als völlig unzureichend ablehnen, sollte doch ein Minimum an Preisbegrenzung möglich sein.

Konzerne stärker besteuern

DIE LINKE fordert Erhöhung der Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist für die Stadt Düsseldorf die Haupteinnahmequelle. In 2015 soll die Stadt dadurch 874 Millionen Euro einnehmen. Mit einer 10 %igen Erhöhung würden fast 90 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Geld, das

fer Firmen sind in den letzten zehn Jahren mit einer Gesamtsumme von ca. 4 Milliarden Euro entlastet worden.

Häufig wird das Argument benutzt, dass bei einer höheren Besteuerung Firmen in andere Städte umziehen oder sich gar nicht erst in Düsseldorf ansiedeln. Die Höhe der Gewerbesteuer ist für große Unternehmen nicht ausschlaggebend bei der Wahl des Firmensitzes. Nach Umfragen sind Infrastruktur, Ausbildung des Personals, kulturelle Ange-

und Köln ist im gleichen Zeitraum das Aufkommen zwischen 40 und 74 % angestiegen, obwohl die Steuersätze in diesen Städten höher liegen. Auch Frankfurt am Main und München, die im Gesamtaufkommen höher liegen als Düsseldorf, haben höhere Steuersätze.

DIE LINKE in Düsseldorf fordert seit Jahren, die Gewerbesteuer um 10 % zu erhöhen. Das bedeutet eine zumutbare Erhöhung um 1,54 % vom zu veranschlagenden Profit. Für die Unternehmen eine geringe Belastung, die der Stadt aber jedes Jahr ca. 90 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen bringen würden.

Auch mit dieser Erhöhung läge die Besteuerung noch weit unter dem Satz, der vor 10 Jahren zu zahlen war und würde sich im Rahmen der übrigen Großstädte der Region bewegen.

CDU, SPD, Grüne und FDP bieten als Alternative Personalkürzungen (Einsparungen von ca. 30 Millionen Euro pro Jahr) und Verkäufe von städtischen Grundstücken (zusätzlich geplante Einnahmen von ca. 40 Millionen Euro pro Jahr). Allerdings sind schon heute ca. 1.000 Stellen bei der Stadtverwaltung nicht besetzt und Grundstücke kann man nur einmal verkaufen. Irgendwann hat man keine mehr.



Hier lässt sich gut Geld verdienen Foto: (CC BY-NC-ND 2.0)flickr/tbastian.)

die Stadt nach dem finanziellen Desaster, das CDU und FDP innerhalb von 15 Jahren mit ihren Prestigeobjekten wie Wehrhahnlinie und Kö-Bogen ange richtet haben, dringend benötigt.

Der Steuersatz bei der Gewerbesteuer liegt in Düsseldorf bei 15,4 %. Über den sogenannten Hebesatz kann die Stadt die Höhe der Steuer festlegen. Noch vor zehn Jahren lag der Steuersatz bei 22,5 %. Das heißt, Düsseldorf

bote und kostenlose Kitas viel wichtiger. Um dieses zu gewährleisten braucht die Kommune allerdings Geld. Geld, das sie in erster Linie über Steuern einnimmt.

Ein Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass Düsseldorf beim Zuwachs der Gewerbesteuer das Schlusslicht spielt. Zwischen 2004 und 2014 ist das Steueraufkommen um 14 % gestiegen. In den Städten Hamburg, Dresden

Viele Hartz IV-Bescheide fehlerhaft

Betroffene können sich mit Hilfe von Widersprüchen und Klagen gegen fehlerhafte Entscheidungen der Jobcenter zur Wehr setzen. Ein Widerspruch bewirkt, dass das Jobcenter die Entscheidung nochmals überprüfen muss. Wird dem Widerspruch nicht stattgegeben, besteht die Möglichkeit zu klagen. Wie sich die Situation in Düsseldorf darstellt, erfragte DIE LINKE: Etwa 29.000 Widersprüche wurden in den Jahren 2011-2014 gegen Entscheidungen des Düsseldorfer Jobcenters eingelegt. In rund 11.000 Fällen wurde dem Widerspruch stattgegeben. Bei nicht stattgegebenen Widersprüchen klagte eine große Zahl der Betroffenen. Von 2011 - 2014 wurden knapp 2.900 Klagen gegen Entscheidungen des Jobcenters Düsseldorf beim Sozialgericht abschließend bearbeitet. In rund 1.000 Fällen wurde zugunsten der Hartz IV-Beziehenden entschieden. Auch im Düsseldorfer Jobcenter wird eine hohe Anzahl fehlerhafter und rechtswidriger Entscheidungen getroffen. Es zeigt sich jedoch, dass der Widerstand dagegen oftmals lohnt – mehr als ein Drittel aller Widersprüche und Klagen waren erfolgreich.

80.000 Menschen ohne Strom

Steigende Mieten und Nebenkosten führen dazu, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen immer häufiger Strom, Gas und Wasser abgestellt wird. Durch eine Anfrage der LINKEN wurde öffentlich, dass die Stadtwerke Düsseldorf jedes Jahr tausende solcher Sperrungen durchführen. Alleine im vergangenen Jahr wurden 6.566 Stromsperrungen, 838 Gassperrungen und 189 Wassersperrungen durchgeführt. In den vergangenen fünf Jahren wurden über 40.000 Haushalte von der Versorgung abgeklemmt – bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von rund zwei Personen waren etwa 80.000 DüsseldorferInnen betroffen. Eine Energiesperre bedeutet ein Leben ohne Heizung, ohne warmes Wasser, ohne Licht und ohne die Möglichkeit, eine Mahlzeit zu kochen. Nach einer Wassersperre steht den Betroffenen nicht einmal fließendes Trinkwasser zur Verfügung – kein Abwaschen, kein Duschen, kein Toilettengang sind dann möglich. DIE LINKE fordert ein Verbot der Sperrungen.

Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste

Der DGB-Bundesvorstand hat in seiner Resolution „Für die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste“ die politischen Verantwortlichen in den Kommunen aufgefordert, diese Aufwertung zu unterstützen. Begründet wird dies unter anderem damit: „Die erweiterten beruflichen Belastungen, die Verantwortung für das Kindeswohl und gestiegene Anforderungen bei der Ausbildung machen es erforderlich, in der aktuellen Tarifrunde zum kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst die Aufwertung zu erreichen.“

In der Ratssitzung am 28. Mai 2015 stellten wir den Antrag, dass der Rat der Stadt Düsseldorf den Kommunalen Arbeitgeberverband auffordern soll, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten die geforderte Anerkennung und Aufwertung ihrer Arbeit erhalten und es schnell zu einem Tarifergebnis kommt. Unser Antrag wurde von allen anderen Parteien mit der Begründung abgelehnt, eine Einmischung in laufende Verhandlungen sollte nicht erfolgen. Das sehen wir anders: Die Stadt Düsseldorf sitzt als Mitglied der kommunalen Arbeitgeber praktisch mit am Verhandlungstisch und kann sehr wohl Einfluss auf die Verhandlungen nehmen.

Platzmangel in Frauenhäusern

Jede dritte Frau in der EU ist einer Studie zufolge seit ihrer Jugend Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt geworden. In Frauenhäusern finden die betroffenen Frauen persönlichen Schutz und Sicherheit und gewinnen Abstand von ihrer Bedrohungssituation. Eine Anfrage der LINKEN im Düsseldorfer Gleichstellungsausschuss ergab, dass im Jahr 2014 im „Internationalen Frauenhaus“ 145 Frauen wegen Platzmangel abgelehnt werden mussten. Im „Frauenhaus Düsseldorf“ wurden wegen Platzmangel 35 Frauen abgelehnt. Einer großen Anzahl Frauen konnte somit in ihrer Notsituation nicht geholfen werden, oftmals werden die abgelehnten Frauen in ihrer gefährlichen Situation verbleiben müssen. Wie diese Zahlen verdeutlichen, benötigt Düsseldorf dringend mehr Plätze, damit allen betroffenen Frauen geholfen werden kann.

Neustrukturierung der SWD

DIE LINKE fordert kommunalen Wohnungsbau

Die Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) ist eine Aktiengesellschaft, an der die Stadt mit 74,1 % und die Stadtparkasse mit 25,9 % beteiligt sind. Die SWD hat einen eigenen Wohnungsbestand von ca. 1.100 Wohnungen und hat die insgesamt ca. 7.000 Wohnungen, die die Stadt besitzt, gepachtet.

Seit Jahren verwaltet die Gesellschaft nur noch die Wohnungen. Neubau findet so gut wie gar nicht statt. Das liegt in erster Linie an der zu geringen Kapitalausstattung und an dem Konstrukt Aktiengesellschaft. Um das Unternehmen flexibler zu machen und in die Lage zu versetzen, selbst Wohnungsbau zu betreiben, ist jetzt im Rat beschlossen worden, die AG in eine GmbH umzuwandeln. Gleichzeitig wird eine weitere GmbH gegründet, in die der gesamte Wohnungsbestand der Stadt transferiert wird. Diese beiden Gesellschaften sollen dann in einer GmbH zusammengeführt werden. Aus steuerlichen Gründen wird die Zusammenführung frühestens in fünf Jahren erfolgen.

Grundsätzlich ist jede Maßnahme zu begrüßen, die zu mehr Wohnungsbau führt, insbesondere im preiswerten Bereich. Noch mehr zu begrüßen ist kommunaler Wohnungsbau durch die Stadt oder städtische Unternehmen – eine alte Forderung der LINKEN.

In diesem Fall ist allerdings Skepsis angebracht. Die Ausgliederung des städtischen Wohnungsbestandes in eine GmbH kann langfristig auch das Aus für kommunalen Wohnungsbau in Düsseldorf bedeuten.

Eine GmbH lässt sich leichter verkaufen als hunderte von Einzelimmobilien. Das Unternehmen wird geschätzt mindestens 250 Millionen Euro wert sein. Bei der prekären Haushaltslage, die Düsseldorf noch viele Jahre begleit-

ten wird, werden Begehrlichkeiten geweckt. Auch wenn heute vielleicht noch niemand das Unternehmen verkaufen will, wird in einigen Jahren u. U. der defizitäre Haushalt mit einem Verkauf recht einfach zu sanieren sein. Außerdem weiß niemand, wie die politischen Mehrheitsverhältnisse nach der nächsten Kommunalwahl aussehen.

Deshalb war und ist DIE LINKE gegen die Ausgliederung von städtischem Eigentum in eine GmbH.



Das sehen Verwaltung und die anderen Parteien anders Foto: (CC BY-NC 2.0) Not In Our Name

Zum Beten verpflichtet

DIE LINKE fordert Umwandlung von Bekenntnisschulen

Die Trennung von Kindern nach Konfession und Religion an öffentlichen Schulen wurde in allen Bundesländern – mit Ausnahme von Niedersachsen und NRW – vor rund 50 Jahren abgeschafft. In NRW gibt es Bekenntnisschulen auch heute noch flächendeckend, rund ein Drittel aller öffentlichen Grundschulen unterrichten nach den Grundsätzen

eines christlichen Bekenntnisses. Obwohl an vielen dieser Schulen die Mehrheit der Kinder dem Schulbekenntnis gar nicht angehört, ist dort beispielsweise eine Abmeldung vom Religionsunterricht nicht möglich.

Besonders bemerkenswert ist, dass die Schulen in staatlicher Trägerschaft geführt und ausschließlich aus öffent-

lichen Geldern finanziert werden. Die Kirchen tragen zu Unterhalt und Betrieb und auch zum Gehalt der Lehrkräfte keinen Cent bei.

Aus einer Anfrage der LINKEN im Schulausschuss geht hervor, dass der Anteil der Bekenntnisschulen in Düsseldorf sogar noch über dem NRW-Durchschnitt liegt. Von 86 Grundschulen in städtischer Trägerschaft sind 48 Gemeinschaftsgrundschulen (eine davon mit einem katholischen Teilstandort) und 38 Bekenntnisschulen (33 katholisch, 5 evangelisch). Damit ist fast jede zweite städtische Grundschule in Düsseldorf eine Bekenntnisschule.

Um die Zahl der Bekenntnisschulen zu reduzieren ist es möglich, bestehende Schulen in konfessionslose umzuwandeln. Hierzu muss eine Elternabstimmung initiiert werden, bei der mehr als die Hälfte der Eltern für eine Umwandlung stimmt. Um den Eltern die Möglichkeit zu geben, über die zukünftige Form der Schule ihrer Kinder abzustimmen, beantragte DIE LINKE solche Abstimmungen an allen Bekenntnisschulen durchzuführen. Der Antrag fand im Schulausschuss leider keine Mehrheit.



Die Kirche muss aus der Schule raus

Foto: © Can Stock/tonyoquias

OXI heißt Nein!



Foto: (CC BY-SA 2.0) DIE LINKE im Bundestag/flickr

Griechenland

Troika zerstört die Wiege der Demokratie

Die Niederlage der Syriza-Regierung gleicht einer vollkommenen politischen Unterwerfung und wird vielen GriechInnen weitere, untragbare Lasten aufbürden. Bereits heute sind 3,5 Mio. ohne Arbeit und Krankenversicherung. Die Erhöhung der MWST auf 23% trifft insbesondere die einkommensschwachen Schichten, weitere Renten Kürzungen und Privatisierungen wurden durch die Troika erzwungen. 86 Milliarden Euro soll die griechische Regierung in den nächsten Jahren erhalten. Von diesen gehen nahezu 100% in den Schuldendienst, also an die Banken, den IWF u.a. Für notwendige Investitionen bleibt aus diesem Programm praktisch kein Cent. Diese Ausgangslage verhindert jede Wachstumsstrategie.

Der Ausverkauf der griechischen Unternehmen hat schon begonnen. Dem Verkauf von vierzehn profitablen Flughäfen an die deutsche Fraport, den Frankfurter Flughafen, musste die griechische Regierung zustimmen - „offenbar als Bedingung vor der Behandlung des Erpressungsdiktats im Bundestag. Die Regionalflughäfen mit Zuschussbedarf muss sie behalten... Neben der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen ist auch die Lufthansa mit knapp zehn Prozent an Fraport beteiligt, die über ihre Consulting-Tochter den EU-Privatisierungsfonds berät. Das ist

strategisch organisierte Ausplünderung mit vorgehaltener Waffe. Neben der Infrastruktur sollen auch Wasserversorgung, Bahn, Bildung und Gesundheit privatisiert werden. Ein solch erpresserischer Vertrag ist schlicht sittenwidrig und damit nichtig“ erklärt Sabine Leidig, MdB DIE LINKE.

Die griechische Regierung muss jedes Gesetzesvorhaben, noch ehe sie es der Öffentlichkeit bekannt macht, von der Troika genehmigen lassen. Die demokratisch gewählte Regierung ist faktisch rechtlos. Ihr wird sogar das Recht verwehrt eigene Vorschläge selbstbestimmt in das Parlament einzubringen. Griechenland wurde zu einer Kolonie der Troika degradiert.

Wir müssen uns von der Idee verabschieden, dass Europa unter den derzeitigen machtpolitischen Bedingungen reformierbar ist. Die herrschenden europäischen Eliten und Institutionen werden jede gegen die Austerität gerichtete Politik mit ihrer ganzen politischen, ökonomischen und ideologischen Macht bekämpfen. Dies gilt sowohl für gewerkschaftliche Forderungen, als auch, wie am Beispiel Griechenlands zu sehen, für ideologisch missliebige Staaten.

Was also ist zu tun? Von der deutschen Regierung ist nichts zu erwarten, sie ist Motor der neoliberalen Entwicklung. Die Unterstützung des TTIP Frei-

handelsabkommens, die permanente Aushöhlung des Datenschutzes, der Angriff auf das Streikrecht unter dem Begriff Tarifeinheit, das Duckmäusertum vor den USA/NSA Ausspähungsaktivitäten, das militärische Engagement der Bundeswehr in vielen Teilen der Welt verdeutlichen dies.

Die EU Verträge geben eine neoliberale Wirtschaftspolitik vor. Die Selbstbestimmung der Nationalstaaten in Fragen der Finanz- und Wirtschafts- und Sozialpolitik wird immer weiter eingeschränkt.

Es erscheint notwendig, dass sowohl in den Parlamenten als auch außerparlamentarisch eine Konfliktstrategie erarbeitet wird, welche die Macht der Banken, der Konzerne und der Troika einschränkt, demokratische Institutionen stärkt, sozialstaatliche Prinzipien einfordert. Eine massenhafte kämpferische breite „Bewegung von unten“ ist erforderlich, getragen von Gewerkschaften, sozialen und linken Initiativen sowie Parteien. Die Demonstrationen und Aktionen von Blockupy sind ebenso eine Ermutigung wie die millionenfache Ablehnung des Freihandelsabkommens TTIP. Ein weiterer Schritt wird die große Demonstration gegen TTIP am 10. Oktober in Berlin sein. Wehren wir uns, leisten wir Widerstand.
Dietmar Liebetanz

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es gibt auch mal Positives: Die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge und klare Kante gegen Rassismus haben sich in Düsseldorf noch immer gegen die Hasskampagnen der Rechten durchgesetzt. Das mutige Engagement vieler Einzelner im lebendigen Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer!“ hält die Volksverhetzer in Schach. Auch die Parteien des politischen Mainstreams springen bisher nicht wie 1993 auf den Zug der Rassisten auf – trotz anfänglicher Schmuserei von Thomas Jarzombek (CDU), Düsseldorfer Bundestagsabgeordneter, mit Pegida. Ich hoffe, dass sich auch bei ihm mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Rassismus nicht davon abhängig zu verurteilen ist, ob er ‚extrem‘ ist oder nicht.

Es gibt auch Negatives: Die Situation sollte jetzt eigentlich auch die SPD darauf gestoßen haben, dass sie die Wohnungsnot vergrößert, indem sie Jahr für Jahr städtische Grundstücke verscherbelt, statt darauf selbst Sozialwohnungen zu bauen. Aber nein, sie verkauft auch noch den Rest und gibt sich, als wäre DIE LINKE der Leibhaftige, wenn diese im Stadtrat eine ‚Zweckentfremdungsverordnung‘ gegen die Spekulation mit leerstehenden Mietobjekten fordert. Der Düsseldorfer Polizeichef Wessler (SPD) sollte inzwischen eingesehen haben, dass eine Entschuldigung fällig ist für die Polizeigewalt, die Traumata und die Kriminalisierung, welche die Unterstützer von „Düsseldorf stellt sich quer!“ durch die Polizei erfahren mussten. Aber nein... Es bleibt also viel zu tun - und zu schreiben - für DIE LINKE..

Christian Jäger
Sprecher des Kreisverbandes
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Tel: 0211 933 60 81

info@die-linke-duesseldorf.de
www.die-linke-duesseldorf.de

Ergebnisse der Tarifrunden 2015

Leichte Steigerungen der Realeinkommen - kein Grund zum Jubeln



von 300 zusätzlichen Lokführern vereinbart und die Arbeitszeit ab 2017 um 1 Stunde verkürzt. Dabei musste die GDL auch gegen die öffentliche Meinung, Politik, DGB, Presse und die Drohung mit dem Tarifeinheitsgesetz ankämpfen. In dem Schlichtungsergebnis wird ausdrücklich festgehalten, dass das Gesetz für 5 Jahre nicht angewendet wird und die

GDL damit für alle Beschäftigten bei der Bahn Tarifverträge abschließen kann.

Nur die IG Metall konnte in der Metall und Elektroindustrie – nach 2 Nullmonaten – ein ähnlich gutes Ergebnis erzielen. Im Handel und im Öffentlichen Dienst gab es deutlich schlechtere Ergebnisse zwischen 2,1 und 3,4% und meist nur für 24 Monate bei geringeren Steigerungen im zweiten Jahr.

Bei der Post wurde nach einem 4-wöchigen

Streik nur eine Einmalzahlung über 400 Euro vereinbart. Die Rücknahme der Ausgründung von 49 Billigesellschaften konnte nicht erreicht werden, wohl aber der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen für weitere 5 Jahre. Dafür wurde auf eine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung verzichtet.

Die Aufwertungskampagne bei den Sozial- und Erziehungsdiensten hat nach 4-wöchigen Streiks ein Schlichtungsergebnis gebracht, das von 70 % der Mitglieder abgelehnt wurde. Ab Oktober kann es zu neuen Streiks kommen.

Nach wie vor gelingt es den Gewerkschaften nicht, für ihre Mitglieder deutlich spürbare Lohnerhöhungen durchzusetzen, obwohl die Gewinne der Unternehmen weiterhin auf hohem Niveau steigen und die Steuereinnahmen kräftig sprudeln (im 1. Halbjahr 2015 plus 6 %). Von einer Umverteilung durch die Tarifpolitik kann also keine Rede sein. Die Unternehmerverbände, die Bundes- und Landesregierungen wie auch die kommunalen Arbeitgeberverbände setzen dem massiven Widerstand entgegen.

Helmut Born

In den diesjährigen Tarifrunden ging es nur ver.di, GEW und DBB bei den Sozial- und Erziehungsdiensten sowie der GDL bei der Bahn um etwas anderes als reine Lohnerhöhungen.

Nach mehreren harten Streiks und anschließender Schlichtung hat es bei der Bahn die höchste Lohnerhöhung und sogar Erfolge bei den Arbeitsbedingungen gegeben. Die Anzahl der Überstunden wurde auf 80 begrenzt, die Einstellung

3. Rock gegen Rechts Open Air

„Bündnis gegen Rechts“ wieder laut gegen Nazis

Nazis weg rocken hieß es am 1. August auf der Ballonwiese im Volksgarten.

Nach 2013 und 2014 ging die dritte Ausgabe traditionell am ersten Samstag im August im Südpark über die Bühne. Im letzten Jahr musste das Festival noch einem Unwetter trotzen. Ideales Wetter aber für das Umsonst- und Draußen-Festival in diesem Jahr.

Rund vierzig antifaschistische, anti-rassistische Organisationen und Initiativen sowie Menschenrechtsgruppen waren mit Infoständen rund um die Bühne vertreten. Sie boten inklusive ihrer Verpflegungsstände den zahlreichen Besuchern von politischen Aktivisten bis Familien ein buntes Bild. Es soll Aufmerksamkeit geschaffen und die Sensibilität für dieses wichtige Thema erhöht werden, so das „Bündnis Rock gegen Rechts“. Das ist sicherlich gelungen.

Klare Zeichen gegen Rechts setzten die Düsseldorfer Bands auf der Bühne - mit der Newcomer Band Conyo, 100blumen, den KaputKrauts aus Berlin und ab 22:00 Uhr The Porters ist ein ausgewogenes Programm gelungen. Die Bands legten alles rein, ihre klasse Auftritte wurden durch eine friedliche und fröhliche Stimmung auf der Wiese begleitet. In den Umbaupausen infor-



Viel los bei Rock gegen Rechts

Foto: Jürgen Wintermantel-Menze

mierte „DssQ“ (Düsseldorf stellt sich quer) in kurzen Beiträgen zur aktuellen Lage und den Protesten gegen Rechts in Düsseldorf. Eine Zelt-Ausstellung Neofaschismus in Deutschland gab Einblick in die historische und aktuelle Situation von Faschismus in Deutschland.

Dügida und Pegida drangsalieren bis in den Mai dieses Jahres unsere Stadt mit ihren montäglichen Kundgebungen und Umzügen auch an Moschee und Flüchtlingsunterkünften vorbei. Durch den engagierten Widerstand mit zivilem Ungehorsam des Bündnisses DssQ konnten die Neofaschisten letztendlich

vertrieben werden. Durch die Auseinandersetzung mit der Polizei gab es zahlreiche Anzeigen. Nach Informationen der Roten Hilfe gab es 230 Ermittlungsverfahren, davon wurden ca. 130 eingestellt, 18 anhängige Verfahren sind noch bekannt, demnach können noch ca. 80 weitere Verfahren laufen, deren Verlauf unklar ist.

Deshalb bittet die Rechtshilfegruppe „Rote Hilfe“ die von Verfahren Betroffenen sich bei ihr zu melden, Kontakt unter rhg-duesseldorf@riseup.net oder duesseldorf-neuss@rote-hilfe.de

Peter-Ulrich Peters

Ein verdienter Mann

Zumindest gemessen an seinem Amtsvorgänger Joachim Erwin, der ein Hans Dampf in allen Gassen war, war Dirk Elbers ein unauffälliger Oberbürgermeister für eine Stadt, in der angeben in gewissen Kreisen nicht hinderlich ist sondern der Karriere Schub gibt. Er arbeitete als Immobilienmanager und stieg bis zur Nummer zwei der CDU im Stadtrat auf und als Erwin starb wurde er Chef im Rathaus. Trotz zielgruppengerechten, gutbürgerlichen Auftretens, das rechte Händchen, das Gespür, was selbst die eigene Klientel hören wollte, fehlte ihm bisweilen.

Siegesgewiss brüskierte er die Menschen aus den Nachbarstädten, als er im Wahlkampf an den Stadtgrenzen den Satz plakatierte „Sie verlassen jetzt den schuldenfreien Sektor“ und auch seine Aussage, im Ruhrgebiet möchte er nicht tot über dem Zaun hängen, machte anders Furore als gedacht. So musste Elbers unerwartet das Amt in der Stichwahl räumen und widmet sich nun als Kaufmann wieder Immobiliengeschäften, versüßt durch eine von allen etablierten Parteien abgesegnete Sofortrente von 4.000 Euro. Auch wenn Elbers zuletzt andeutete, auf diese doch verzichten zu wollen, nicht schlecht für so wenige Jahre im Amt.

Olaf Nordsieck

Summ, summ, Bienchen fall´ tot um

Zahlreiche Studien beweisen, dass Pestizide für das massive Bienen-Motten- und Schmetterlingssterben verantwortlich sind. Nun warnen auch EU-Wissenschaftler vor einem Bestäubungs-Defizit, da immer mehr Nutzpflanzen angebaut werden. Der Ruf Pestizide, insbesondere Neonicotinoide, gänzlich zu verbieten wir immer lauter.

Drei Pestizide wurden 2013 von der EU-Kommission verboten. Chemiekonzerne wie Bayer, BASF und Syngenta klagten gegen das Verbot. Die aktuelle Praxis der Zulassungsverfahren ist laut NABU fraglich. Bei der Zulassungsprüfung werden nicht tödliche Effekte kaum berücksichtigt. Auch die Wirkung von mehreren zeitnah eingesetzten Mitteln findet wenig bis keine Beachtung.

Die Gifte lagern in allen Pflanzenteilen – eine Gefahr für Mensch und Tier!

Birgit Spahr

Ja haben wir denn Sommerloch oder ist schon Weihnachten?

Forderungen der Jungen Union (JU) zur Familien- und Rentenpolitik: „Ihr Kinderlein kommet“, Text eines weihnachtlichen Kirchenliedes, inspiriert die Junge Union zur Forderung nach einem 1000 Euro Starterpaket für jedes Neugeborene. Ebenso soll es eine automatische Erhöhung des Renteneintrittsalters geben, berichtet die Junge Welt vom 22.6.2015, Seite 5. Zur Finanzierung familienpolitischer Leistungen sollen Kinderlose eine Sonderabgabe von 1 % des Bruttoeinkommens zahlen. Seitens des Vizechefs der Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft (CDA), Christian Bäumler, wurde eine solche „Strafsteuer“ als „mittelalterlich“ zurückgewiesen. Nach dem Grundgesetz stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates, von einer Fruchtbarkeitsaufsicht ist nicht die Rede. Auf die Entfaltung der Persönlichkeit, hier die höchstpersönliche Familienplanung, fördernd und fordernd mit einer Sondersteuer eingreifen zu wollen, sprengt den Rahmen staatlicher Kompetenz. Vielleicht sollten die Jung-Unionisten mal zur Kenntnis nehmen, dass die Ausweitung schlecht bezahlter und unsicherer Arbeitsverhältnisse der Familiengründung entgegen steht. Gleiches gilt für die seitens der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) geforderte Änderung des Arbeitszeitgesetzes, mit der Folge der weiteren Aufweichung des 8-Stunden-Arbeitstages, vergleiche Junge Welt vom 24.7.2015, S. 8. Die Entgrenzung der Arbeitszeit steht der Vereinbarkeit von Familie und Beruf völlig entgegen, allerdings nur bei Familien, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Die Finanzierung familienpolitischer Leistungen hat aus dem allgemeinen, einkommensbezogenen Steueraufkommen zu erfolgen, die Lasten sind von allen zu tragen. Eine Abwälzung auf nur einen Teil der Steuerpflichtigen ist ebenso wenig akzeptabel wie die Abwälzung bei der Mütterrente auf die Rentenversicherung. Dem Starterpaket dürfte ein ähnliches Schicksal wie der vom Bundesverfassungsgericht gekippten „Herdprämie“ beschieden sein. Die geforderte Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung ist überflüssig, wenn die gestiegene Produktivität berücksichtigt wird.

W. Spahr

Menschen gegen Konzerne

Grosse Anti-TTIP-Kundgebung in Berlin am 10.10.2015

Welchen Druck Konzerne und Finanzkapital und die in ihrem Sinne agierenden „Institutionen“ IWF, Weltbank und EU-Kommission sowie auch das von den neoliberalen Parteien dominierte EU-Parlament entfalten können, erlebt derzeit die griechische Bevölkerung und ihre gewählte Regierung, die sich letztlich den Wünschen eben dieser mächtigen Kräfte fügen müssen.

Aber Griechenland ist nicht der erste Staat, dem dies passiert. Bringen sowohl mächtige Spekulanten, ruchlose Zockerbanken (erinnert sei an die von diesen geschürte Immobilienblase, die

die letzte große Wirtschaftskrise auslöste) oder auch andere interne oder externe Faktoren die finanzielle Lage eines Staates zum kippen, werden die Daumenschrauben zu Lasten gerade der armen Menschen immer weiter angezogen, in der Regel ohnehin karge Sozialleistungen weiter gedrückt, im Gesundheitssystem und bei Renten gekürzt bis unter die Schmerzgrenze. Nur wer, ob willfährig oder erzwungen, mitspielt, erfährt Hilfestellung. Dies haben auch bereits Spanien, Portugal und Irland erfahren müssen.

All dies ist aber nur ein Vorge-

schmack, welche Macht sich die internationalen Großbanken, Großanleger und Großkonzerne durch die sogenannten „Freihandelsabkommen“ wie TTIP, CETA, TISA greifen möchten, und dies, treten die Abkommen einmal in Kraft, so gut wie unwiderruflich.

Geheime, ausschließlich von Anwälten besetzte Schiedsgerichte fällen irreversible Urteile in Streitfragen, die öffentliche Hand darf in keinerlei Wirtschaftsprozesse mehr eingreifen, auch Grundversorgung mit Wasser oder Strom soll endgültig privatisiert werden, entgangene (!) Gewinne können eingeklagt werden, was nationale Gesetzgeber in Angst und Schrecken vor den Konzernen treiben und ihnen die Hände binden wird.

Sagt NEIN zu diesen Abkommen. Wehrt Euch! Zeigt den Regierenden, dass die Menschen über ihr Leben entscheiden wollen und sollen und nicht die Konzerne! Kommt zur großen Anti-TTIP-Demo am 10. Oktober nach Berlin und fordert Euer Mitspracherecht ein, CETA, TTIP und TISA MÜSSEN verhindert werden! Infos zu Ort und Anreise findet Ihr unter www.TTIP-Demo.de

D. Nordsieck



Wer ist wichtiger: Menschen über Konzerne?

Foto: Fotolia

Wer Wind sät wird Sturm ernten

Wer Kriegswaffen exportiert muss sich auch um Flüchtlinge kümmern

Der Zuzug von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten und verarmten Ländern wird immer größer. Verzweifelte Menschen fliehen vor Verfolgung, Krieg und Hunger. Menschen, die zusehen mussten wie Familienangehörige getötet wurden, die Vergewaltigung und Folter über sich ergehen lassen mussten oder keine Möglichkeit mehr sahen, ihre Familie zu ernähren. Diese traumatisierten Flüchtlinge kommen unter lebensgefährlichen Umständen auch nach Düsseldorf. Am 7.8. fand eine Info-Veranstaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Zelthallen an der Itterstraße in Holt-Hausen statt. Miriam Koch, Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Düsseldorf, und Volkmar Schultze vom DRK informierten über die aktuelle Unterbringungssituation. Massive Versäumnisse der Stadt, in der Vergangenheit, Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, erzeugen nun zeitlichen Druck, da monatlich ca. 500 Flüchtlinge zu erwarten sind. Um Obdachlosigkeit zu vermeiden ist schnelles Handeln erforderlich, was zur Folge hat, dass erst Sporthallen, Container und Zelthallen vorbereitet und erst an zweiter Stelle die Anwohnerinnen und Anwohner informiert wurden. Erschwert wurde diese prekäre Situation durch eine Amtshilfe-Aufforderung



Flüchtlingszelle in Düsseldorf

© Birgit Spahr

des Regierungspräsidenten. Binnen 72 Stunden mussten 150 Plätze geschaffen werden. Geplante Container-Aufbauten verzögerten sich. Über die Hälfte der Asylbewerber sind unter 25 Jahren alt. Städte und Kommunen müssen den Zugang zu Kitas, Schulen und Lehrstätten schaffen und damit das Recht auf Bildung gewährleisten. 6000 Asylbewerber werden bis zum Jahresende in Düsseldorf erwartet. Bei der Info-Veranstaltung wurden vereinzelte kritische Stimmen laut, so der

Vorschlag, für die Flüchtlinge in Städten mit höherem Wohnungsleerstand, zum Beispiel Duisburg, zu sorgen und ggf. einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Der Vorschlag Asylbewerber zentral im noch nicht in Betrieb befindlichen Flughafen Berlin-Brandenburg unterzubringen wurde mit Gelächter quittiert. Die weit überwiegende Mehrheit der Anwesenden war gegenüber den Asylsuchenden positiv gestimmt und zur Hilfe bereit.

Birgit Spahr

Widerstand gegen Containerterminal

BürgerInneninitiative Hafenalarm! In Aktion

Die Bürgerinitiative Hafenalarm! nutzte am 15. August den Termin der „Kunstpunkte“ im Reisholzer Hafen um zum dritten Mal ihr Sommerfest zu feiern. Der Wettergott war gnädig und so

Widerstand gegen die Containerbefürworter weitergeht, war groß. Zu dem Projekt besteht bis jetzt weder eine Projektgesellschaft, eine Machbarkeitsstudie noch ein Verkehrsgutachten. Die

So soll den Bürgern vor Augen geführt werden, dass Tag für Tag Stau, Lärm und Abgase fast im gesamten Süden ihr Leben beeinträchtigen werden, wenn es nach den Plänen der Contai-



Kunst und Politik gegen den Hafenausbau in Reisholz

Foto: Spahr

wurde zu Kaffee und Kuchen, mit Akkordeonmusik begleitet, eingeladen. Groß und Klein freuten sich auf einen Ritt mit Pferd Tammy. Das Interesse, wie es mit dem Reisholzer Hafen und dem

nächste Aktion der Initiative am 11. September wurde mit Flyern beworben. Ein 300 Meter langer Container-Güterzug soll simuliert werden, wie er die Bonner Straße/ Ecke Niederheid kreuzt.

nerbefürworter geht. Es gibt noch viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Bürgerinitiative Hafenalarm! bleibt dran.

Birgit Spahr

Mutti forever

Die „ewige“ Kanzlerin?

Angela Merkel, programmatisch eher vage und ohne große inhaltliche Ambitionen, trifft mit ihrer von ihren Vorgängern Schröder und Kohl übernommenen Politik der ruhigen Hand den Nerv der gutbürgerlichen Bevölkerung, die, selbst finanziell abgesichert, vor allem keine Veränderung wünscht und von der Politik nicht behelligt werden möchte. Dass Merkel, unterstützt von einer ebenso lahmen wie zahmen SPD, den ohnehin benachteiligten Menschen in Deutschland mit Hartz IV, Hungerlöhnen, Armutsrenten und ähnlichen Wohltaten erbärmliche Lebensbedingungen zumutet, ist ihrer gut verdienenden und unsolidarischen Wahlklientel dabei ebenso egal, wie dass sie mit Ländern in der EU, die nicht ihrem Kurs folgen, rabiat bis brutal umspringt. Aber die Union mit ihrer Cheffin ist unangefochten stärkste Kraft, Mutti steht mit nur knapp über 60 noch voll im Saft, also wird sie uns damit beglücken, die Regierungszeit des „ewigen“ Kanzlers Kohl zumindest einzuholen, wenn nicht zu überbieten. Na dann, alles Gute...



© Natalie Meisen

Hohe Hürden für Flussvertiefungen – Europäischer Gerichtshof bremst Baggerfans aus

Mit seinem Urteil vom 1.7.2015 zu den geplanten Vertiefungen der Flüsse Elbe und Weser errichtet der Europäische Gerichtshof (EUGH) hohe Hürden für solche Großbauprojekte. In ihrem Urteil räumen die Richter den Umweltzielen der europäischen Wasser-Rahmen-Richtlinie (WRRL) höchste Priorität ein. Die Richtlinie gebietet die Verbesserung der ökologischen Qualität von Gewässern und verbietet deren Verschlechterung. Zwar sind auch weiterhin Ausnahmen möglich, jedoch sind die Voraussetzungen hierzu so gut wie nicht zu erfüllen. Martin Rode vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) sprach von „einem Meilenstein für den Gewässerschutz in ganz Europa“, so die Junge Welt vom 3.7.2015, Seite 9. Die im Koalitionsvertrag zur aktuellen rot-grünen Landesregierung in NRW vereinbarte, somit auch ausdrücklich von den Grünen mitgetragene Vertiefung des Rheins bis Köln dürfte zumindest erheblich erschwert werden. Noch größeren und somit profitableren Containerschiffen auf dem Rhein ist damit zunächst Einhalt geboten. Und der ohnehin schon über weite Strecken ausschließlich nach Wirtschaftsinteressen gestaltete Strom wird zu Lasten von Fauna und Flora, aber auch der an ihm lebenden Menschen, nicht noch weiter zu einem Schifffahrts-Highway mit allen daraus resultierenden, negativen Konsequenzen ausgebaut.

W. Spahr

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Redaktion:

Christian Jäger, Dietmar Liebetanz, Lutz Pfundner, Natalie Meisen, Olaf Nord-sieck, Wolfgang und Birgit Spahr

Tel:

0211 933 60 81

email:

info@die-linke-duesseldorf.de

web:

www.die-linke-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Christian Jäger

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Legalize it!

Breite Mehrheit für Cannabisabgabe

Was haben Berlin-Kreuzberg und Düsseldorf gemeinsam? Sie könnten bald der erste Bezirk bzw. die erste Stadt sein, in denen es für Volljährige legal sein wird, Cannabis zu erwerben.

Die Initiative zu einer legalen Cannabisabgabestelle in Düsseldorf ging von der Ratsfraktion DIE LINKE aus. In der Ratssitzung im Juni stellten wir den Antrag zu prüfen, ob eine Abgabe von Cannabisprodukten in Düsseldorf möglich sei. Dies würde die Einrichtung einer lizenzierten Abgabestelle bedeuten, in der Cannabisprodukte auf legale Weise bezogen werden könnten. Der Vorschlag beinhaltet ebenso eine wissenschaftliche Begleitung und den Ausbau des Präventionsangebotes. In der Ratssitzung wurde der Antrag in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie den Ausschuss für Ordnung- und Verkehr geschoben. Mit einem Änderungsantrag von den Grünen wurde der Antrag mit Stimmen von DIE LINKE und der Ampel letztendlich beschlossen, was bedeutet, dass die Verwaltung nun eine Ausnahmegenehmigung bei dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin beantragen muss. Dieselbe Prozedere läuft gerade für Berlin Kreuzberg, wo das Bezirksamt den Antrag inzwischen eingereicht hat. Hinter den Be-



Vielleicht auch bald in Düsseldorf legal zu kaufen

Foto: (CC BY 2.0) flickr/Cannabis Culture

fürworterInnen dieses Projektes steht in Düsseldorf eine breite Mehrheit. So unterstützten nicht nur die VertreterInnen des Deutschen Hanfverbandes den Antrag, auch in der medialen Öffentlichkeit ist viel positive Resonanz zu verzeichnen. Immer mehr PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen bezweifeln die Sinnhaftigkeit der Kriminalisierung von Cannabis und engagieren sich gegen diese. In vielen Städten gibt es Initiativen, die sich für die legale Abgabe und die Entkriminalisierung einsetzen und Demonstrationen sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen organisieren.

Verschiedenen Schätzungen zur Folge sterben in Deutschland jedes Jahr 74.000 Menschen an den Folgen von übermäßigem Alkoholkonsum. Die Zahl der Cannabistoten hingegen liegt seit Jahren bei Null. Dennoch werden der Erwerb, die Herstellung und der Vertrieb von Cannabis kriminalisiert. Das führt zu negativen gesellschaftlichen Folgewirkungen wie Verurteilungen von KonsumentInnen und stützt und finanziert sogar teilweise mafiöse Strukturen.

In Düsseldorf ist nun endlich der erste Schritt in die richtige Richtung getan. DIE LINKE bleibt an dem Thema dran.

Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Initiative der LINKEN in Düsseldorf erfolgreich

Wenn Flüchtlinge in Düsseldorf krank sind, dürfen sie nicht einfach zum Arzt gehen. Sie müssen zuerst beim Sozialamt um Erlaubnis fragen und einen Behandlungsschein beantragen, der ihnen den Arztbesuch genehmigt. Dabei entscheiden kommunale Beschäftigte über die Behandlungsnotwendigkeit, medizinisches Fachpersonal ist nicht beteiligt. Nach Einschätzung der Bundesärztekammer birgt diese Vorgehensweise die Gefahr, dass gravierende gesundheitliche Probleme übersehen oder falsch bewertet werden. Diese umständliche und unnötige Prozedur kann zudem zu erheblichen Verzögerungen bei der ärztlichen Versorgung führen und ernsthafte Folgen für die Flüchtlinge haben.

Die Kommunen können von den Behandlungsscheinen Abschied nehmen und auf Krankenversicherten-Chipkarten umstellen, welche einen Arztbesuch auch ohne vorherigen Gang zum Sozialamt ermöglichen. Die Erfahrungen verschiedener Städte zeigen, dass sich neben den Verbesserungen für die Flüchtlinge so auch administrative Kosten in erheblichem Umfang einsparen lassen. Die Einführung einer solchen Chipkarte könnte daher weitgehend kostenneutral erfolgen.

In der Februar-Sitzung des Düsseldorfer Rates hatte DIE LINKE die Einführung einer Krankenversicherten-Chipkarte für Flüchtlinge beantragt. Diesem Antrag wollten SPD, FDP und Grüne nicht folgen. Lediglich auf die Prüfung einer solchen Karte ließen sie sich ein. In der vergangenen Sitzung des Sozialausschusses beantragten dieselben Parteien dann jedoch – ohne dass das

DIE LINKE freut sich, dass es zu einer Verbesserung für die Flüchtlinge in Düsseldorf kommt. Leider wurde durch die Spielchen der Ampel Zeit verschenkt. Dringend notwendig im Bereich der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen bleibt zudem weiterhin die Aufhebung der Leistungsbeschränkungen, denn auch mit der neuen Gesundheitskarte dürfen Flüchtlinge sich nur bei akuten



Immerhin eine Verbesserung erreicht

Foto: (CC BY-NC 2.0) flickr/Rasande Tyskar

Ergebnis der Prüfung vorlag – die Einführung einer solchen Karte. Der Antrag wurde angenommen, mit der Einführung der Karte ist im nächsten Jahr zu rechnen.

Erkrankungen und Schmerzen behandeln lassen. Ernsthafte Krankheiten wie angeborene Fehlbildungen oder chronische Erkrankungen wie komplizierte Herzfehler werden nicht behandelt.

Niedriglöhne an der Volkshochschule

Die VHS ist das kommunale Weiterbildungszentrum der Stadt Düsseldorf. 817 Dozentinnen und Dozenten bilden Menschen weiter, verhelfen zu Schulabschlüssen oder geben Integrations- und Alphabetisierungskurse. Die fachlich und pädagogisch hoch qualifizierten Dozentinnen und Dozenten bekommen allerdings ein Honorar, von dem sie kaum leben können. Bezahlt wird nur die reine Unterrichtsstunde mit 19 Euro. Von dem Honorar wird noch einmal rund 36 Prozent für Sozialversicherungen abgezogen. Für die Vor- und Nachbereitung gibt es kein Geld, wegfallende Honorare aufgrund ausgefallener Kurse verschlechtern die Situation zusätzlich. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub gibt es nicht. Die Bedingungen sind so schlecht, dass die VHS mittlerweile Nachwuchsprobleme hat. Die Dozentenvertretung beantragte daher eine Erhöhung der Honorare auf 25 Euro beim Kuratorium der VHS – mit Erfolg. Hierfür benötigt die VHS allerdings mehr Geld von der Stadt. DIE LINKE wird einen entsprechenden Antrag an den Stadtrat stellen.

Düsseldorf hat eine Hebammenzentrale

Bereits im April 2013 haben wir eine Initiative des Verbandes der Hebammen aufgegriffen und die Verwaltung im Gleichstellungsausschuss nach einer möglichen Einrichtung einer Hebammenzentrale in Düsseldorf gefragt. Nun kann endlich eine Erfolgsmeldung gegeben werden. Seit dem 01. Mai 2015 gibt es im Geburtshaus Düsseldorf eine Hebammenzentrale, die von der Stadt finanziert wird. Sie dient schwangeren Frauen auf der Suche nach einer Hebamme als Anlaufstelle und vermittelt die Betreuung an eine Hebamme (info@hebammenzentrale-duesseldorf.de). Ob damit aber die Betreuung von Schwangeren durch Hebammen in Düsseldorf langfristig gesichert werden kann, ist fraglich. Seit dem 01. Juli müssen Hebammen für ihre Haftpflichtversicherung 6.274 Euro bezahlen. 2003 lag dieser Betrag noch bei knapp 500 Euro. Viele Hebammen können sich diese Beiträge nicht leisten und haben aufgegeben. Verhandlungen über erhöhte Vergütungen sind bisher gescheitert.

Inklusion wird behindert

Integrationskräfte unterstützen Kinder mit Behinderung in den Ferienangeboten der offenen Ganztagschule. Bisher wurden diese Integrationskräfte durch die Stadt Düsseldorf finanziert. Durch einen Offenen Brief des Vereins „Gemeinsam Leben und Lernen Düsseldorf e.V.“ wurde im vergangenen Juni öffentlich, dass die Stadtverwaltung versucht, den Großteil der Finanzierung auf die Eltern abzuwälzen. Die Stadt hatte die betroffenen Eltern angeschrieben und mitgeteilt, dass die Kosten der Integrationskräfte in Zukunft von ihnen selbst zu tragen seien. DIE LINKE beantragte daraufhin, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Der Antrag wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt, führte jedoch dazu, dass die Einführung der Gebühren zumindest auf das nächste Jahr verschoben wurde. Zudem soll vorab nach Möglichkeiten gesucht werden, auf die Gebühren ganz zu verzichten. DIE LINKE lehnt eine Kürzung bei der Hilfe für Menschen mit Behinderung ab. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch im nächsten Jahr keine Gebühren erhoben werden.

Soziale Betreuung von Flüchtlingen

Flüchtlinge, die in Sammelunterkünften und Zelten leben müssen, benötigen Unterstützung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Wie viele Flüchtlinge eine hauptamtliche Kraft betreuen sollte, untersuchte die von der Landesregierung Brandenburg eingesetzte Arbeitsgruppe „Soziale Beratung und Betreuung“. Die Arbeitsgruppe kam dabei zu dem Schluss, dass der geltende Personalschlüssel von 1:120 in Brandenburg dazu führe, dass für die Arbeit mit den einzelnen Flüchtlingen nur noch sehr wenig Zeit zur Verfügung stehe. Als Folge kann eine qualifizierte Beratung nicht mehr stattfinden. Die Arbeitsgruppe empfahl daher einen Personalschlüssel von 1:80 für erwachsene Flüchtlinge und einen Schlüssel von 1:40 für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. DIE LINKE beantragte für die Flüchtlingsbetreuung in Düsseldorf diesen Personalschlüssel anzuwenden. Alle Parteien lehnten diesen Vorschlag ab. Beschlossen wurde, einen Personalschlüssel von 1:200 anzustreben.

Überlastung und Arbeitsdruck

Höchster Krankenstand in der Stadtverwaltung seit Jahren

Auch unter der Ampelkoalition wird im Personalbereich fleißig weiter gespart und dies obwohl bekannt ist, dass die städtischen Bediensteten die Leidtragenden sind und sich so der Service für die EinwohnerInnen verschlechtert. Aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Personalausschuss ging nun hervor, dass der Krankenstand und die Überlastung städtischer MitarbeiterInnen im letzten Jahr so hoch war wie noch nie und in den letzten fünf Jahren eine kontinuierliche Steigerung zu verzeichnen ist: 7,84 % der städtischen MitarbeiterInnen meldeten sich 2014 krank (die Zahl umfasst Lang- und Kurzeiterkrankungen), 2010 waren dies „nur“ 6,83 % und 2005 lag die Zahl noch bei 5,59 %.

Diese Entwicklung überrascht nicht, schaut man sich die Personalpolitik der Stadtregierung der letzten Jahre an. Das Ziel, 32 Millionen Euro im Personaletat einzusparen, wird auch von der Ampelkoalition weiter verfolgt. Resultat dieser Sparpolitik ist, dass fast 1000 von insgesamt 9.694 Stellen unbesetzt sind. Seit Jahren fordert DIE LINKE eine vernünftige Ausfinanzierung des Stellenplans, da die Leidtragenden dieser Politik die Angestellten und EinwohnerInnen sind. Die Unterbesetzung bedeutet für die Beschäftigten in der Stadtverwaltung eine Mehrbelastung, da sie die Arbeit dieser Stellen mittra-

gen müssen. Dies führt regelmäßig zu Überbelastungen und steigendem Arbeitsdruck, so dass noch mehr Mitarbeitende krankheitsbedingt oder durch Überstundenausgleich fehlen. Dies wirkt sich dann direkt auf die Serviceleistungen einzelner Ämter aus.

So standen in den letzten Monaten die Serviceleistungen mehrerer Ämter und Behörden öffentlich in der Kritik: Zum Verkehrsamt kamen EinwohnerInnen bereits im Morgengrauen, um noch am selben Tag ihr Auto anmelden zu können; die Ausstellung einer Geburtsurkunde beim Standesamt dauert zwischen vier und sechs Monaten (in dieser Zeit können keine Leistungen für das neugeborene Kind beantragt werden) und eine Sitzung des Beirats für Tanz und Theater musste ausfallen, weil

zwei MitarbeiterInnen des Kulturamtes krank waren, was zur Folge hatte, dass über Zuschüsse für die freie Szene nicht beraten werden konnte. Auch das Gesundheitsamt und die Bauaufsicht standen aufgrund von Personalmangel bereits in der Kritik. So wurden dieses Jahr 800 SchulanfängerInnen ohne die vorgeschriebene Schuleingangsuntersuchung eingeschult, da es an Personal fehlte diese fristgerecht durchzuführen.

Die Personalpolitik der Stadt muss sich verändern – DIE LINKE setzt sich daher für die Ausfinanzierung des Stellenplans ein. Kurz nach Amtsantritt präsentierte sich OB Geisel dem städtischen Personal und versprach ein besseres Arbeitsklima. Worte helfen jedoch nicht weiter, wenn das Geld an falscher Stelle ausgegeben wird.



Warten ist in vielen Düsseldorfer Ämtern angesagt

Foto: © Can Stock/gemenacom

Der Pensions-Skandal

Stadtrat gewährt Ex-OB Elbers satte Sofortrente

Oberbürgermeister sind Wahlbeamte auf Zeit. Sie haben nach acht Jahren Tätigkeit einen Anspruch auf 35 % der Dienstbezüge als Ruhegehalt. Dirk Elbers wurde bereits nach sechs Jahren von den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern abgewählt und hat somit keinen Anspruch.

Zeiträume, in denen Fachkenntnisse erworben wurden, die für die Wahrnehmung des OB-Amtes förderlich sind, können bis zu vier Jahre angerechnet werden (§ 66,9 Beamtenversorgungsgesetz NRW). Dirk Elbers war also berechtigt, einen Antrag zu stellen, in dem er Zeiten vor seiner OB-Tätigkeit geltend macht. Über diesen Antrag muss der Düsseldorfer Stadtrat entscheiden. Soweit die Rechtslage.

Auf der Tagesordnung der Nicht-öffentlichen Sitzung des Rates stand am 28.05. die Anerkennung entsprechender Zeiten von Ex-OB Elbers. Bereits Wochen vor der Sitzung gab es eine lebhafte und kritische Diskussion

in der Presse und den Medien über die Grenzen Düsseldorfs hinaus. Grund war die Antragsbegründung: Dirk Elbers machte seine Zeit als Schlossverwalter für den Grafen Spee geltend. Das ging auch dem Bund der Steuerzahler zu weit, der ausrechnete, dass ein Durchschnittsverdiener 130 Jahre arbeiten müsste, um auf die 4.200 Euro Rente zu kommen, die Elbers bekommt, wenn der Rat zustimmt. Das Geld sollte Elbers nicht erst im Rentenalter bekommen, sondern bereits ab dem Zeitpunkt der Amtsübergabe an OB Geisel also bereits mit 55 Jahren.

Aufgrund des großen öffentlichen Interesses stellte die Ratsfraktion DIE LINKE den Antrag, die Diskussion und Entscheidung im Rat öffentlich zu führen. Dies wurde abgelehnt.

Der Rat musste jetzt entscheiden, ob die Tätigkeit als Verwalter eines Schlosses und von Ländereien für einen reichen Adligen der Tätigkeit als Oberbürgermeister in Düsseldorf förderlich ist.

Nur die vier Ratsmitglieder der LINKEN stimmten gegen den Antrag.

Über dem Kommunalwahlprogramm der Partei DIE LINKE steht der Satz: „Solidarität statt Größenwahn“. Während der schwarzgelben Amtszeit mit OB Elbers fehlte es an dieser Solidarität mit den Menschen, die die teuren Mieten nicht bezahlen können oder die unter Hartz IV leiden oder dringend auf ein bezahlbares Sozialticket angewiesen sind. Vom Schlossverwalter zum Sozialpolitiker ist kein leichter Schritt. Die sechs Jahre haben dafür nicht ausgereicht. Deshalb waren die Zeiten für den Grafen Spee eher hinderlich als förderlich für die Wahrnehmung der Aufgaben. Der Rat war berechtigt den Antrag abzulehnen. Dies ging auch aus einem Rechtsgutachten hervor, dass die Verwaltung in Auftrag gab. DIE LINKE wird sich allen Entscheidungen widersetzen, die den Eindruck entstehen lassen, die PolitikerInnen sorgen in erster Linie für sich selbst.

Wohnungen statt Zelte

DIE LINKE fordert Maßnahmen gegen Wohnungsleerstand

Im Jahr 2009 standen rund 7.000 Wohnungen in Düsseldorf länger als drei Monate leer. Bis zum Jahr 2012 – aus dem die aktuellsten Zahlen stammen – hat sich die Anzahl der leerstehenden Wohnungen bereits auf über 14.000 verdoppelt. Während auf der einen Seite tausende Wohnungen leer stehen, muss gleichzeitig eine große Zahl an Menschen in Düsseldorf unter äußerst schlechten Bedingungen leben.

Tausende Flüchtlinge werden in Provisorien untergebracht, welche keinerlei Privatsphäre zulassen. Mehrere Turnhallen, Zelthallen und zwei Traglufthallen werden derzeit für die Flüchtlingsunterbringung genutzt. Doch auch die „reguläre“ Unterbringung in Containeranlagen, ehemaligen Schulen und Sammelunterkünften ist äußerst problematisch. Hunderte bereits anerkannte AsylbewerberInnen leben zudem noch immer in Sammelunterkünften, da sie keine Wohnung finden.

Doch spekulativer Wohnungsleerstand trifft nicht nur Flüchtlinge. Der Wohnungsmarkt in Düsseldorf ist seit Jahren angespannt, die Mieten steigen

kontinuierlich. Viele Menschen waren und sind gezwungen, in umliegende Städte zu ziehen, da keine bezahlbaren Wohnungen vorhanden sind. Das Wohnungsangebot kann seit langem die hohe Nachfrage im mittleren und besonders im unteren Preissegment nicht befriedigen.

Um Spekulation mit Wohnraum zu be-



Kein Pfadfinderlager sondern Unterkunft für Flüchtlinge (Hamburg) (CC BY-SA 3.0) wikipedia/ An-d

kämpfen, können Kommunen Satzungen gegen Wohnraumzweckentfremdung erlassen. ImmobilienbesitzerInnen werden so gezwungen, leerstehende

Wohnungen wieder zu vermieten. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden. DIE LINKE tritt seit langem für eine solche Satzung ein, wie es sie beispielsweise in Dortmund und Bonn bereits gibt.

Auf der vergangenen Sitzung des Düsseldorfer Rates beantragten wir die

Erarbeitung einer Satzung gegen Wohnraumzweckentfremdung. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Ratsmehrheit abgelehnt.

Stopp von Nachtabschiebungen

Initiative der Ratsfraktion DIE LINKE erfolgreich

Auch die Stadt Düsseldorf ist verantwortlich für Abschiebungen. 2014 hat die kommunale Ausländerbehörde 232 Personen abgeschoben. Viele davon erfolgten mitten in der Nacht zwischen 21 Uhr und 4 Uhr (im Winter 6 Uhr) morgens. So wurden im ersten Halbjahr 2015 von 95 in Düsseldorf vollzogenen Abschiebungen 31 nachts durchgeführt. Dies geschah unangekündigt. Den Betroffenen, die von den Erlebnissen in ihren Ländern, von der Flucht und der Angst vor Abschiebung meist traumatisiert sind, wird nur wenig Zeit gegeben das Nötigste zusammenzupacken. Schon lange gibt es von verschiedenen Organisationen wie Stay neben der gene-

rellen Kritik an Abschiebungen vor allem gegen diese Nachtabschiebungen Protest. Andere Städte haben schon längst Nachtabschiebungen eingestellt, denn das Land NRW schreibt Nachtabschiebungen nicht vor. So ist die Düsseldorfer Ausländerbehörde verantwortlich für die Durchsetzung der Abschiebung und den Zeitpunkt der Abholung. Meist wird die Abschiebung vom kommunalen Ordnungsdienst (OSD) vollzogen. Deshalb fordert die Ratsfraktion DIE LINKE jedes Jahr die Streichung der Haushaltsmittel für die Unterstützung des OSD bei Abschiebungen.

In der Ratssitzung am 25. Juni 2015 stellte die Fraktion DIE LINKE den An-

trag, dass sich der Rat der Stadt Düsseldorf gegen Nachtabschiebungen einsetze. Dem kam eine Ratsmehrheit mit einer kleinen Änderung nach: „Die unangekündigten Abschiebungen und Rückführungen werden gestoppt.“ So der Ratsabschluss und weiter: „Abschiebungen und Rückführungen in den Nachtstunden werden vermieden, soweit das irgendwie möglich ist.“

Ob sich die Düsseldorfer Ausländerbehörde unter Dezernent Keller daran halten wird, wird die Ratsfraktion DIE LINKE regelmäßig kontrollieren. Aber ob unangekündigt oder nicht, DIE LINKE wird sich weiterhin gegen Abschiebungen einsetzen. Gerade erst wurde das Asylgesetz verschärft, Abschiebungen erleichtert und weitere Länder zu sogenannten „sicheren Drittstaaten“ ernannt, so dass Asylenerkennung bei Menschen, die aus diesen Ländern kommen, so gut wie ausgeschlossen ist. Das von Sicherheit in diesen Ländern oft nicht die Rede sein kann, zeigen Prognosen gegen Minderheiten in Ländern wie Mazedonien oder Serbien, aber auch in EU-Ländern wie Tschechien und Ungarn.

Alle Einschränkungen des Asylrechts gehören abgeschafft, dies darf man bei der momentanen Willkommenskultur nicht vergessen.

Kein Bundeswehrempfang im Rathaus

Der internationale Schiesswettbewerb um den „Kurfürst-Jan-Wellem-Pokal“ findet jedes Jahr im Stommelerbusch bei Pulheim statt. Ausgerichtet wird die Veranstaltung von der Düsseldorfer Kreisgruppe des Reservistenverbandes der Bundeswehr und dem deutschen Bundeswehr Landeskommando NRW. Bei dem Wettbewerb handelt es sich um keine einfache Schiessveranstaltung. Dort wird mit Kriegswaffen der Bundeswehr hantiert – zum Einsatz kommen die Pistole P8, das Sturmgewehr G36 von Heckler&Koch sowie das Maschinengewehr MG3 von der Düsseldorfer Rüstungsfirma Rheinmetall.

Die Schirmherrschaft dieser kriegerischen Veranstaltung hat die Stadt Düsseldorf inne. Daher wird jedes Jahr am Vorabend des Schießens, für die Teilnehmenden ein Empfang im Rathaus organisiert. So auch dieses Jahr, am Freitagabend des 11. September.

DIE LINKE versteht sich als eine friedenspolitische Partei, die sich gegen Kriegseinsätze und Bundeswehr positioniert. Daher lehnt die Düsseldorfer Ratsfraktion DIE LINKE die Veranstaltung ab und stellte in der Ratssitzung Anfang September den Antrag, der Bundeswehr den Rathausempfang zu verwehren und keine VertreterInnen der Stadt zum Wettbewerb zu entsenden.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE,
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000



Protest vor der Ratssitzung

Foto: © Stay

Bundeswehr raus aus Düsseldorf Schulen

Eine der zentralen antimilitaristischen Forderungen der LINKEN lautet „Bundeswehr raus aus Schulen“. Die Auftritte der Bundeswehr an Schulen sind eine unzulässige Indoktrinierung von Jugendlichen und führen zu einer Militarisierung der Gesellschaft. Die Bundeswehr ist kein Betrieb wie jeder andere, sondern notwendigerweise auf Krieg, Gewalt und Tod ausgerichtet. Aus einer kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag geht hervor, dass im ersten Halbjahr 2015 die Bundeswehr sich auch an Düsseldorf Schulen recht aktiv zeigte. So fanden von Januar bis Juni an zwölf Düsseldorf Schulen Vorträge und Veranstaltungen von KarriereberaterInnen der Bundeswehr statt. Die Bundeswehr an Schulen ist keine unabhängige Instanz, die objektiv über Außen- und Kriegspolitik informiert. Die Bundeswehr vermittelt in den Schulen ein geschöntes Bild vom Kriegsgeschehen und den eigenen Aktivitäten in den Kriegsgebieten und betrachtet die Besuche als ein wichtiges Werbeinstrument, um ihrem Nachwuchsproblem entgegenzuwirken.

DIE LINKE beantragte daher in der Ratssitzung Anfang September, an Düsseldorf Schulen zu appellieren, keine VertreterInnen der Bundeswehr zu Informations- und Werbezwecken einzuladen. Außerdem wurde die Verwaltung aufgefordert, SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen über ihre Einspruchsrechte beim Auftritt von VertreterInnen der Bundeswehr zu informieren. Der Antrag wurde von allen Fraktionen abgelehnt.

LINKS wirkt Vom Umgang mit den Ratsanträgen der LINKEN

Seit 2008 ist DIE LINKE in Fraktionsstärke im Düsseldorf Rat vertreten. 2014 konnten wir das Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen von 10.972 Stimmen in 2009 auf 11.877 Stimmen verbessern. Bei der Wahl zu den Bezirksvertretungen konnte das Ergebnis von 10.899 in 2009 sogar auf 12.952 Stimmen gesteigert werden.

2009 haben CDU, SPD, FDP und Grüne noch versucht, DIE LINKE zu ignorieren. Über Anträge wurde nicht diskutiert, sie wurden einfach abgelehnt. Aus den Reaktionen in der Bevölkerung wurde jedoch deutlich, dass die vielen sinnvollen Anträge der LINKEN nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden können. Also wurde die Taktik geändert.

Anträge werden zunehmend nicht aus inhaltlichen sondern aus formalen Gründen abgelehnt. Wenn auch dieses nicht möglich ist, werden Änderungsanträge gestellt, die sich von unseren ursprünglichen Anträgen inhaltlich nur wenig unterscheiden. Unsere Anträge werden dann abgelehnt, die Änderungsanträge angenommen. So berichten dann die Medien, dass zu dem betreffenden Thema ein SPD- oder Grünen-Antrag angenommen wurde.

Beispielsweise bei einem Antrag zu TTIP, den wir bereits im September 2014 gestellt hatten. Nachdem er von den anderen Fraktionen wegen Beratungsbedarf immer wieder von der Tagesordnung genommen wurde, kam es im Februar 2015 endlich zu einer Abstimmung. Nach einer chaotischen Sitzungsleitung stellte der OB

fest, dass unser Antrag keine Mehrheit hatte, daraufhin wurde ein Änderungsantrag der Grünen verabschiedet.

So auch in der Ratssitzung im Juni 2015, bei der unser Antrag zur Vermeidung von Nachtabschiebungen keine Mehrheit fand, sondern ein Änderungsantrag der Ampel-Kooperation aus SPD,

Ein weiteres beliebtes Mittel ist die Verschiebung von Anträgen in Ausschüsse und Gremien. So hatten wir bereits 2009 den Antrag gestellt, dass Düsseldorf der Städte-Koalition gegen Rassismus beitreten solle. Der Antrag wurde per Mehrheitsbeschluss nicht abgestimmt, sondern die Verwaltung wurde beauftragt, einen Bericht anzufertigen und dem Integrationsausschuss vorzustellen. Aus diesem Gremium ist ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen im Mai 2015 in den Rat gekommen und verabschiedet worden.

Im letzten Jahr stellte DIE LINKE den Antrag, die Alphabetisierungskurse in der Volkshochschule kostenlos anzubieten. Das wurde in das Kuratorium der VHS verwiesen und kam ebenfalls im Mai als gemeinsamer Antrag der anderen Fraktionen wieder auf die Tagesordnung des Rates, wo er angenommen wurde.

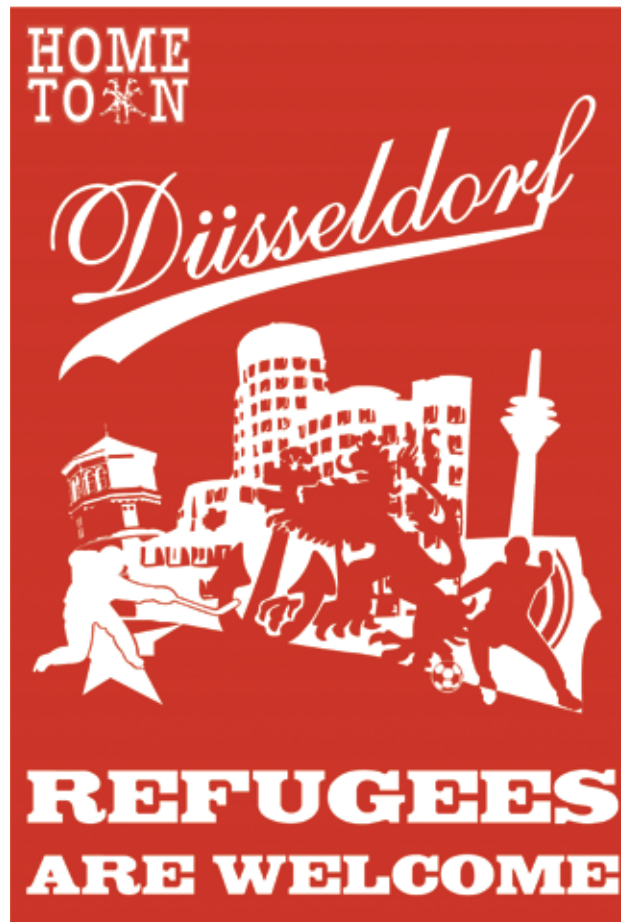
Die Reihe der Anträge, denen letzten Endes in der einen oder anderen Weise zugestimmt wurde, ließe sich noch um einige Beispiele erweitern.

Festzustellen ist, dass viele Punkte, die wir mit unseren Anträgen thematisiert haben, ohne DIE LINKE gar nicht auf die Tagesordnung gekommen wären. Auch wenn wir noch

Grünen und FDP. Oder ein Antrag in der gleichen Sitzung, in dem wir gefordert haben, die kostenlose Betreuung von Kindern mit Behinderungen in Ferienfreizeiten fortzuführen. Auch hier wurde ein Änderungsantrag der Ampel angenommen.

nicht in der Lage sind, die großen Veränderungen herbeizuführen, können wir doch in vielen Bereichen etwas bewegen. Wichtig ist, dass unsere Vorstellungen umgesetzt werden.

Und deshalb kann man feststellen: LINKS wirkt.



Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein